

Martin Truckenbrodt (ÖDP): „Die Kreisfreiheit der Stadt Coburg muss in Frage gestellt werden!“

Coburger Landratskandidat sieht viele unnötige Probleme in Stadt und Landkreis und nur einen Nutznießer

Die Stadt Coburg ist gemäß ihrer Einwohnerzahl von gut 41.000 Einwohnern die zweitkleinste kreisfreie Stadt im Freistaat Bayern. Martin Truckenbrodt, aktuell Coburger Landratskandidat der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), sieht die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit des Status einer kreisfreien Stadt grundsätzlich nur für Großstädte gegeben. Als Großstädte betrachtet man in der Regel Städte mit einer Einwohnerzahl von mindestens 100.000 Einwohnern. Diese Einwohnerzahl erreichen in Bayern aktuell acht Städte, die Hälfte davon liegt im fränkischen Norden des Bundeslandes. Martin Truckenbrodt stellt unter diesen Gesichtspunkten die Kreisfreiheit der Stadt Coburg in Frage. Die aktuelle Situation von Landkreis und Stadt Coburg bestätige sehr deutlich diese Sichtweise. Es gäbe nur unnötige Probleme und erhöhten Verwaltungsaufwand, u.a. bei den Schulen, im ÖPNV, bei der Städteplanung und beim Straßenbau, bei Versorgungsbetrieben und in der Abfallwirtschaft. Auch beim Tourismus sieht Truckenbrodt negative Auswirkungen. Im Vordergrund stehe hier seit langem sehr deutlich die Vermarktung der wettinisch-obersächsischen Epoche, sprich der Geschichte des Herzogtums und des Hauses Sachsen-Coburg, fast ausschließlich in der Stadt Coburg. Die Vermarktung der vielfältigen und sehr schönen Kulturlandschaft des Coburger Umlandes bleibe hier jedoch sehr auf der Strecke. Hier sieht der in Coburg geborene, aus Untersiemau stammende und seit 2004 in Seltendorf (Landkreis Sonneberg) wohnhafte Landratskandidat der ÖDP noch ein sehr hohes Potential für die Vermarktung des Coburger Landes als Lebensraum und für den Tourismus.

Laut Truckenbrodt gibt es in der aktuellen Situation eindeutig nur einen Nutznießer: die Stadt Coburg. Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises arbeiten in hoher Zahl in Unternehmen in der Stadt Coburg. Die Steuern dieser Unternehmen fließen jedoch ausschließlich in die Kasse der Stadt Coburg, die Rücklagen von 80 Millionen Euro aufbauen konnte. Der Landkreis stattdessen kämpft seit Jahrzehnten mit knapper Kasse und hat Schulden von 32 Millionen Euro. „Aus meiner Sicht ist es deshalb im Sinne eines Solidarprinzips völlig in Ordnung, dass sich der Landkreis Coburg z.B. nicht an der Finanzierung des Landestheaters beteiligt. So kann die Stadt Coburg auf diesem Wege indirekt ihre Kreisumlage an den Landkreis bezahlen. Die vernünftigste Lösung dieser Problematik wäre allerdings die Einkreisung der Stadt Coburg in den Landkreis Coburg. Ich werde es mir als nächster Landrat des Landkreises Coburg zur Aufgabe machen, in der Stadt Coburg für diese mehr als sinnvolle und aus meiner Sicht auch dringend notwendige Maßnahme zu werben.“, kündigt Truckenbrodt an.

Den Status der Stadt Coburg als Oberzentrum sieht der Landratskandidat der ÖDP als völlig losgelöst von dieser Frage. Dieser sei definitiv absolut berechtigt und stehe nicht zur Diskussion. So erfülle die Stadt Coburg die Funktionen eines Oberzentrums auch für große Teile der Landkreise Hildburghausen und Sonneberg. Im aktuellen Thüringer Landesentwicklungsprogramm ist dies zumindest für den Landkreis Sonneberg auch so berücksichtigt und dokumentiert.